

Metallarbeiter, A'arm!

Ernold „würdia“ emhlanant

Am 10. Dezember

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Betriebszellen!
Kampfkongress
gegen Faschismus
am 17. und 18. Januar

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 17. Dezember 1930 Nummer 29

Bewaffneter Aufstand gegen Faschismus

Postämter und Bahnhöfe von Revolutionären besetzt / Polizisten und Gendarme von bewaffneten Arbeitern und Bauern ergriffen / KP erobert Führung der Aufstandsbewegung / Solidarität mit den heldenhaften spanischen Revolutionären

Paris, den 17. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach den trotz härtester Zensur vorliegenden Privatmeldungen soll der von Bilbao ausgegangene Generallstreik ganz Nordspanien ergriffen haben. In San Sebastian haben demnach Streikende und Befehlshaber strategischer Punkte sind von Streikenden erschossen worden. Laut einer Meldung haben in Santander revolutionäre Arbeiter und Bauern Polizeistationen gestürmt und den ganzen Tag über in der Stadt demonstriert. Nach vorliegenden Meldungen wurden in der Grenzstadt Trun sämtliche Geschäfte anlässlich der Arbeiteraufmärsche geschlossen. In Malaga haben Streikende die Eisenbahn nach Madrid zerstört. Die Gewerkschaft Eibar auf der Straße von San Sebastian nach Bilbao wurde eingenommen.

geladen werden, kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen regierungstreuem Militär und Republikanern. Der Generallstreik in den großen Städten Spaniens deutet darauf hin, daß die spanische Arbeiterschaft zum erneuten Kampf entschlossen ist.

Der Belagerungszustand über San Sebastian wird mit größter Eile durchgeföhrt. Gendarmerie und Polizei, sowie die gesamte Truppenmacht liegt in Alarmbereitschaft. In den Straßen der großen Städte patrouillieren starke Militärpolizeien. Der gesamte Autoverkehr außerhalb Madrids ist verboten. Jeder Presseberichterstatter ist einer strengen militärischen Zensur unterworfen. Jede Aufforderung zum Streik oder zu sonstigen Arbeiteraktionen wird von den Standgerichten mit höchster Zuchthausstrafe oder mit dem Tode bestraft.

der Diktatorregierung herbeizuföhren. In welchem Maße es den vereinten Kräften der faschistischen Diktatur und der sich vor der proletarischen Revolution fürchtenden liberalen Bourgeoisie gelingt, die revolutionären Kräfte niederzuhalten, das hängt ab von der Unterstützung, die die Arbeiter und Bauern durch den Kampf des internationalen Proletariats gegen die imperialistischen Mächte und den Faschismus finden.

Die Militärrevolte von Jacca, deren Niederschlagung die spanische Regierung als „entscheidende Vernichtung des Aufstandes“ bezeichnet hat, scheint nur als Teilerfolge in einem größeren Rahmen organisiert worden zu sein. Inzwischen hat nach einer Meldung aus Bilbao zufolge, der „Fliegerputsch“ auf dem Flugplatz Cuatro Vientos bei Madrid sein Ende gefunden. Die Führer der republikanischen Flieger, Major Franco und General Pano, sind im Flugzeug nach Portugal geflüchtet.

Schändliche Streifbruchmethoden!

Bräuer droht mit Entzug der Streikunterstützung — Pyrrhusleg bei den Tariffahrern Empörung über den Verrat der Bürokratie — Kämpft nur unter Führung der KPD!

Dresden, den 17. Dezember.

Am Dienstagmorgens fand eine Streikversammlung des Gesamtverbandes statt, die einen sehr stürmischen Verlauf nahm. Die Streikenden stellen wiederholt den Antrag auf Abstimmung über die Zurückziehung der Fahrtanweisung. Bräuer, der Streifbruchherausgeber, brach alle gewerkschaftliche Demokratie. Mit den demagogischsten Mitteln operierte er, um eine Heberumpelung der Streikenden zu erreichen, was ihm dann auch noch einmal gelang.

im Reglerheim in einer von ihr einberufenen Versammlung zur Lage Stellung nehmen.

Freie Lohnraubvereinbarung

In der Metallindustrie des Geraer Bezirks Thüringen kam eine freie Vereinbarung zwischen Unternehmern und der Metallarbeiterverbandsbürokratie zustande, wonach der Spitzenlohn der Metallarbeiter für den Monat Dezember von 84 auf 82 Pfennig gesenkt wird, vom 1. Januar ab auf 79 Pfennig. Dieser Lohnraub soll zunächst bis Ende Juni 1931 in Kraft bleiben.

Metallarbeiter-Streifbeschuß

Eine Funktionärerversammlung des DMB in Gera besaß, Dienstag den 16. Dezember für eine Reihe von Betrieben den Streik. Es sind etwa 9 Betriebe, in denen nach dem Beschluß der Verbandsbürokratie der Kampf gegen den Abbau der Arbeitslöhne geführt werden soll. Die DMB-Bürokraten wollen mit ihrer teilweisen Streikzustimmung den allgemeinen Kampf im Tarifgebiet Hagen-Schweinf und darüber hinaus auf die Tarifgebiete des Niederrheins von vornherein unmöglich machen.

Er erklärte, daß, wenn die Abstimmung die Zustimmung über Zurückziehung der Fahrtanweisung verlange, er und die gesamte Streikleitung zurücktreten würde und die Unterstützung in Wegfall käme.

Kundgebung gegen faschistische Diktatur

Tatsachen aus Fricks „drittem Reich“
Freitag, den 19. Dezember, in der Ausstellung, Stübelallee • Es sprechen: Richard Eyermann, Mitgl. d. Thüringer Landtages und Rudolf Renner

Die Stadtteile demonstrieren geschlossen zu der Kundgebung. Die Stellplätze sind für Löbau, Plauen, Cotta und Naußlitz 18.15 Uhr Dorfplatz; für Friedrichstadt und Zentrum 18.45 Uhr Fresberger Platz; für Striesen, Gruna und Blasewitz 19.15 Uhr Altstriesen; für Neustadt-West 18.15 Uhr Leisniger Platz; für Neustadt-Ost, Anton- und Oppelvorstadt 19.15 Uhr Bischofsplatz.

Rastriertes Parlament

Immunität aufgehoben / Anträge nur zensiert
Minderheiten und Kommunisten dürfen keine Anträge stellen
Warschau, 17. Dez. (Eig. Drahtbericht.)
Im polnischen Sejm wurde die neue Geschäftsordnung angenommen. Danach haben die Abgeordneten keine Immunität mehr. Anträge werden vom Sejm-Präsidenten zensiert, die Reden ebenfalls. Kleine Fraktionen, d. h. sämtliche nationalen Minderheiten und die Kommunisten, dürfen überhaupt keine Anträge und Interpellationen einbringen.

Von Billudits Hentern verhaftet

Breslau, 17. Dez. (Eig. Drahtbericht.)
Der in Oberschlesien gewählte preussische Landtagsabgeordnete Genosse Tunkel wurde gestern mittig in Königsbrunn von der polnischen Polizei verhaftet, als er auf der Zehn Königshütte eine Betriebsversammlung abhielt, an der etwa 500 Arbeiter teilnahmen. Bereits vor Eintreffen der Polizei verlor er ein Billudits-Anhänger, den Genossen Tunkel, ein Werkmeister der Zehn, ebenfalls ein Billudits-Anhänger, zog einen Revolver und zielte auf Genossen Tunkel. In diesem Moment erschien die polnische Polizei und verhaftete Genossen Tunkel und einen Arbeiter. Die Belegschaft begleitete die verhafteten Arbeiter unter Protestrufen gegen die polnische Walfür und unter Hochrufen auf die kommunistischen Parteien Deutschlands und Polens bis zur Polizeiwache.

Belagerungszustand in der Wala

Ueber 30 Arbeiter verhaftet — Revolutionäre Organisationen verboten — Organisiert die Knechte der Vorkriegszeit!
Birmaens, 17. Dez. (Eig. Drahtbericht.)
Auf Grund eines Vorkriegsattentats gegen die kommunistische Partei wurden bisher über 30 Arbeiter verhaftet, darunter der stellvertretende kommunistische Bürgermeister und kommunistische Stadträte von Birmaens. Ueber Birmaens, Oppau und Edheim wurde der kleine Belagerungszustand verhängt. Der Kampfband gegen den Faschismus und der Arbeiterhelferband wurden verboten. Das Bezirksbüro der KPD wird ständig überwacht. Am Montag erschien plötzlich ein Aufgebot Landpolizei in Stärke von rund 220 Mann und besetzte die ganze Stadt. Der Markt wurde aufgehoben, um die Schupo unterzubringen. Ganze Straßenzüge wurden polizeilich besetzt und abgeriegelt. Hunderte Säulendurchsuchungen wurden vorgenommen. In einem Haus wurde der Kellerboden aufgerissen, die Kohlenhaufen verjett und Munition gesucht. Gefunden wurde nichts. Darauf beschlagnahmte man „Material“, d. h. den Briefwechsel der kommunistischen Partei. Man macht große Hoffnungen davon, daß der Arbeiterhelferband über entsprechende Gewehre, teils Pulverbüchsen, verfügt. Viele Gewehre sowie Munitionsinstrumente der Kapelle, wurden beschlagnahmt. Bis zur Stunde dauern die Hausdurchsuchungen fort. Alle öffentlichen Versammlungen der Kommunisten und Gewerkschaften sind bis auf weiteres verboten. Polizeipatrouillen durchstreifen mit Waff die Stadt. Der Arbeiterschaft hat sich eine große Erregung mächtig.

Verbrechen

Verbrechen der SPD an den Mietern

von einer Mieterversammlung erneut festgestellt

Birma. In der am 12. Dezember in Birna stattgefundenen Mieterversammlung wurde endlich einmal Stellung genommen gegen die ungeheuren Maßnahmen, die auf Grund der Verordnung gegen die Mieter durchzuführen werden sollen. Der unter SPD-Führung stehende Mieterverein, der unter SPD-Führung steht, kam es jedoch darauf an, der Einwohnerlichkeit in klarer Weise ein Bild von den tatsächlichen Vorgängen im Reichstage zu geben. Nach kurzen Ausführungen des Bundesvorsitzenden des Deutschen Mietervereins, Herrmann, sollte eine Resolution mit leeren Versprechungen gegen die Mieterordnung, die die Mitschuld der SPD anzuprangern. Gen. Schrapel zeichnete treffend die angeblich neutrale, für die SPD aber weitgehend einseitige Haltung der SPD ab. Nur der weitere Kampf um Sturz der faschistischen Diktatur kann jetzt Arbeiterlichkeit Besserung ihrer Lage bringen. Kamm, als SPD-Staatsrat, meinte sich, diesen Ausführungen Schrägung bringen, die selbstverständlich auf den schärfsten Protest der Anwesenden stieß und mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Auf erneuten Vorstoß der SPD wurde die der SPD das Vertrauen abbrechende Resolution mit Mehrheit angenommen. Hauptsächlich der SPD wurde die der SPD das Vertrauen abbrechende Resolution mit Mehrheit angenommen. Hauptsächlich der SPD wurde die der SPD das Vertrauen abbrechende Resolution mit Mehrheit angenommen.

Der Bauhner Stadtrat und Preisabbau

Bauhen. Zwecks Feststellung der Angemessenheit der Preise hat der Stadtrat eine Preisprüfung vorgenommen. Die angebotenen Erörterungen haben jedoch nach Mitteilung der II. bisher „noch kein zutreffendes Bild“ über das Verhältnis der Preispreise zu den Marktpreisen ergeben. Die Herren haben wohl Mühe, den Schwinkel rechnerisch zuzurechnen?

Chef befiehlt Dynamitattentat?

Erpressung auf Bestellung

Bauhen. Wegen einer gegenüber der Reichsbahnabteilung verübten Erpressung — es handelte sich um den Betrag von 22.000 Mark, der gezahlt werden sollte, andernfalls eine Bombe in die Luft gelassen werden würde — stand der 20jährige Handlungsgehilfe Erich Kuri auf der Anklagebank. Da er in der Verhandlung anwand, daß er auf Erpressung und nach Diktat seines Vaters, des Kaufmanns Walter Kuri in Bauhen, die Erpressungsbriefe geschrieben habe, mußte der Prozess wegen Erpressung meistar Erörterungen verlegt werden.

Schweres Autounglück bei Bauhen

Bauhen. Ein tödlich verlaufenes Autounglück wurde am Freitag gegen 22.30 Uhr auf der Staatsstraße nach Dresden bei Bauhen geschehen. Das Auto war völlig zertrümmert. Der 40jährige Fahrer — es handelt sich um zwei Angehörige der Reichsbahn — ist schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht worden. Da er noch nicht rechenungsunfähig ist und Augenzeugen nicht vorhanden sind, liegt der Hergang des Unglücks noch völlig im Dunkeln.

- Für die Winterhilfe der Roten Hilfe gingen ein:
- 2. Gaitung: Grimmlitzsch (1. Rate) 150 Mk.; Wittwe 1. Rate) 80 Mk.; Raichau 1. Rate) 60 Mk.; Leipzig, Stadtrat (1. Rate) 40 Mk.; Brand-Schindler (1. Rate) 40 Mk.; Schmidt (1. Rate) 40 Mk.; Freiberg (2. Rate) 37,65 Mk.; Dresden-Bauhaus (2. Rate) 35,50 Mk.; Waldheim (1. Rate) 30 Mk.; Soia (1. Rate) 30 Mk.; Neubau Konsumverein Dresden-Kaufhaus 20,70 Mk.; Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe Limbach 20 Mk.; Dresden-Kaufhaus (1. Rate) 20 Mk.; Beierfeld (1. Rate) 20 Mk.; Dresden, Bern-Beit 5, (2. Rate) 12,47 Mk.; Berdou (1. Rate) 19,65 Mk.; Roter Sportverein Limbach 18,20 Mk.; Gaswerk 3 Althelm 17,95 Mk.; Kamenz (1. Rate) 17 Mk.; Jichawitz (1. Rate) 16,85 Mk.; Leipzig Stadtrat 2 (a conto) 14,05 Mk.; Internationaler Bund Gruppe Dresden-Altstadt 11,90 Mk.; Fußballerverein Langenhain 9,50 Mk.; Schandau 6,00 Mk.; Graub, Althelm 5,52 Mk.; Gen. Bek. Limbach 5 Mk.; Sportverein Fortschritt (Oppo) Dresden-Dabritz 5 Mk.; Gen. Max Faber, Dresden, 5 Mk.; Arbeiter-wohlfahrt 1930, Dresden-Neustadt, 1,90 Mk.; Gemeinde Dahlen 10 Mk.; Gemeinde Oberkämpe 10 Mk.; Betriebszelle RAV Dresden-Friedrichstadt 20 Mk.
- Arbeiter! Denkt an die proletarischen politischen Gefangenen! Unterstützt aktiv die Winterhilfspampagne der „Roten Hilfe“!

Nazis und der SPD-Wohlfahrtsdezernent Fried gegen die Forderungen der Erwerbslosen

Meißen. Am 11. Dezember fand eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung statt. In dieser Sitzung konnten viele Proleten wieder einmal sehen, was sie für Vertreter ins Stadtverordnetenparlament gewählt hatte. U. a. standen auch Eingaben der Erwerbslosen auf der Tagesordnung. Es wurde gefordert:

1. eine Winterbeihilfe in Höhe von 30 RM für Erwerbslose mit eigenem Haushalt bzw. 15 RM für Ledige;
2. einen Zentner Kohlen und 3 Gasmatzen pro Woche und einen Zentner Kartoffeln pro Monat, rückwirkend vom 15. November 1930 bis zum 30. März 1931.

Der nun geplante Fried, die SPD würde für die Erwerbslosen etwas übrig haben, der hatte sich gewaltig geirrt. Gen. Kamprecht sprach sich ganz energisch für Annahme aus und erklärte, daß der Herr Oberbürgermeister Dr. Busch als Finanzdezernent am 3. Dezember zur Delegation der Erwerbslosen erklärt habe, daß er sich für die Forderungen der Erwerbslosen auf keine Weise öffnen werde. Jetzt zeigte sich, daß man es hier ablehnt, praktisch etwas zu tun. Aber es kommt eine Zeit, wo nicht nur die Erwerbslosen, sondern die Proleten aus den Betrieben kämpfen werden für die Forderungen der Arbeiterklasse.

Es sprach auch Herr Fried (SPD) — welcher Name — als Wohlfahrtsdezernent und beschwor die Herren Stadtverordneten, dem Antrag nicht zuzustimmen. Zur Jahrtausendfeier mit ihren 48.000 RM Gehalt, da war Geld da, Herr Fried, nur für die Erwerbslosen ist kein Geld da. Oberbürgermeister Busch wollte auf einmal nichts mehr wissen von den Forderungen und erklärte, daß der Gemeinderat und das Ministerium des Innern verboten hätten, irgendwelche Beschlüsse in bezug auf Erwerbslozenforderungen durchzuführen. Gen. Kamprecht wendet sich dagegen und verweist auf die Beschlüsse des Landtages, wo die Anträge der SPD angenommen wurden. Schneider (Nazi) fängt auf einmal an zu lamentieren und sagt, er erkenne die Notlage an. Aber die Gemeinde habe kein Geld, und da wären sie gegen die

30000-Mark-Oberbürgermeister „warnt“ vor der Politik der SPD

Stadtparlament lehnt Erwerbslozenanträge ab / Antwortet mit Hungermarsch am 24. Dezember

Freital. Unter Kenntnisnahme gab der Oberbürgermeister Kimpel (SPD) bekannt, daß Verhandlungen betr. Wiederinbetriebnahme der Gashaltigkeit mit den Gewerkschaften des Rheinischen Stahlwerks geführt wurden. Ergebnis sei gleich null, infolge des rücksichtslosen Verhaltens der Herren aus dem Westen. (Wo, wie weit? Gibt es etwa einen humanen Kapitalismus? Diese Herren sind eben die Herren der Wirtschaft.) Aber die Bemühungen sind noch nicht abgeschlossen, und wenn es sein muß, würden bestimmte (welche?) Maßnahmen zur Anwendung kommen müssen (von wem?). Kimpel wachte aber gleich hinterher zu sagen, daß die Gefährdung der Kapitalpolitik gegenüber maßlos ist. (Herr K., soll etwa die Regierung als gefährlicherer Ausweg des kapitalistischen Staates gegen ihre Kapitalgeber mit Wadmitteln vorgehen? Diesen Satz dürfte sich selbst eine Koalitionserregierung nicht erlauben. Das kann nur die einzige Arbeiterklasse im revolutionären Klassenkampf, indem sie selbst die Geschichte in die Hand nimmt.)

Der SPD-Steuerkomitee letzter Akt — Schweigen

Ferner hatte das Kollegium von der Einführung der 3. Steuerklasse für Freital durch die Aufsichtsbehörde Kenntnis zu nehmen. Zweimal hatte die SPD diese Steuer abgelehnt, um sich heute auf den „Boden der unänderlichen Tassen“ zu stellen (wie von uns vorausgesetzt). Mit diesem Schweigen nahm sie von der endgültigen Einführung der Bürgersteuer Kenntnis. (H)

Nur unter Gewisse kann die SPD-Fraktion eine Erklärung ab, die sich nicht gegen die Steuerausänderung der wertigen Massen unter Mitwirkung der SPD wendet.

Das Pop der SPD-Anträge

Verchiedene Anträge der kommunistischen Fraktion wurden gegen die Stimmen der SPD abgelehnt. Antrag 1 verlangt eine Winter- und Winterbeihilfe für die Erwerbslosen; Antrag 2 Verbilligung von Gas und elektrischem Licht. In der Begründung schloß Gen. Kimpelmann das Elendleben der Erwerbslosen, denjenigen, die der Kapitalismus nicht mehr ernähren kann. Es sei Pflicht der Stadt mit sogenannter Arbeitermehrheit, diese Hilfsaktion durchzuführen.

Oberbürgermeister Kimpel: (Langer Rede kurzer Sinn) Bares Geld ist nicht in die Anträge vorhanden. Eine Anleihe unmöglich, niemand leide Geld für solche Ausgaben. Kapitalist in Deutschland. Grund: 2 Milliarden Tribute, 2 Milliarden Kriegsschulden. Durch Anleihen würde Betriebskapital noch teurer und die Erwerbslosigkeit noch größer. Er hofft, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bessern. (Wir wissen es — aber erst in Sowjetdeutschland, Herr

Kimpel: Zum Schluß warnet er vor einer Politik, wie sie „hier von der SPD geleidet“ werde. (Erwerbslose, merkt es euch, der Oberbürgermeister mit 30000 Mark Gehalt und Nebeneinnahmen warnet vor der Annahme solcher Anträge, die für euch eine heilsame Hilfe bedeuten hätten.)

Wen erklärt für die SPD-Fraktion: Arbeiterentlassung sei die Hauptursache. (Daher Arbeiterentlassungen bei der Stadt — Der B.) Durch solche Anträge würden nur trügerische Hoffnungen bei den Erwerbslosen erweckt. (Rein! aber das wahre Gesicht der SPD, ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ entthüllt.)

Unsere Genossen Kahlke, Wifanger und Künzelmann treten scharf diesen die Erwerbslosen verschwendenden Reden entgegen. Wenn man mit den Kapitalisten gut Freund sein will, muß man den Weg der SPD geben. Kapitalist durch Kapitalismus. Keine vorübergehende Krise, sie wird erst mit dem Kapitalismus verschwinden. Nicht lügen wollen wir diesen Staat, sondern klären. Nicht um höhere Löhne des Bauern zu kämpfen, sondern um hier, fordern um den Arbeitern in ihrer Not den Ausweg zu zeigen. Die Rede des Oberbürgermeisters Kimpel wie vom Hochstapeln eines Aufwärtstages gehalten. (Sehr wahr!)

Antrag 3 wendet sich gegen Entlassung von 1000 Arbeitern und Angestellten wegen Arbeitsmangel und fordert Arbeitsbeschäftigung mit Lohnausgleich.

Genosse Künzelmann verweist darauf, daß in Freital ansehnliche der schlechten Wohnsituation der Straßen und der großen Wohnungsnot Arbeitsmangel für die Entlassung von hundert Arbeitern nicht in Frage komme. Wenn schon dann Arbeitsbeschäftigung mit Lohnausgleich. Dieser Antrag wird von der SPD-Mehrheit im Ausschuss vergeblich.

Antrag 4 fordert Einspruch bei der Landesregierung gegen eine Verordnung betr. Verbot für die Volks- und Berufsämter, in revolutionäre Jugendorganisationen einzutreten und an deren Versammlungen teilzunehmen.

Jeder Revolutionäre muß sich einem Antrag zustimmen. Doch die SPD in Freital lehnte ihn ab und sagte damit, daß sie den Boden revolutionären Klassenkampf verlassen hat.

Während der Beratung der Erwerbslozenanträge hörte man dauernd die Humpenrede derer, die von der Annahme dieser Anträge eine kleine Hilfe in ihrer grenzenlosen Not gehabt hätten. Erwerbslose ihr habt es wiederum gegeben, daß auch die SPD-Mehrheit sich nicht um eure Not kümmert und Veränderung schafft. Nur in einem Sowjetdeutschland wird eure Not ein Ende haben.

Sorgt dafür, daß es recht bald wird. Schickt diese Stadtämter ohne Pension in „Pension“.

Kämpft in den Reihen der SPD! (UR 2617)

Zieht das Braunhemd aus! Die Antwort eines Arbeiters

(Arbeiterkorrespondenz)

Der einigen Tagen hatten die Nazis eine Versammlung in Braunschweig i. Erg. abgehalten. Zu dieser Versammlung erschienen natürlich auch die Arbeiter des Ortes und die neue Ortsgruppe des Kampfbundes gegen den Faschismus. In der Diskussion sprachen 3 Redner, und als letzter sollte ein früheres Mitglied der KPD sprechen, welches aber nicht zu Worte kam, denn die Versammlungsleitung ließ diesen Arbeiter mit Polizeigewalt hinaustransportieren. Die Arbeiterklasse verließ daraufhin die Versammlung und hielt vor dem Lokal eine Kundgebung ab. Das ehemalige Mitglied der Nazis zog nach kurzen Worten, daß die Arbeiter in den Kampfbund eintreten möchten, sein Braunhemd aus und warf es in den Hof.

Arbeiter, die ihr noch in der Nazi-Partei auch befindet, folgt diesem Beispiel und tretet ein in den Kampfbund gegen den Faschismus. (2602)

ten und Kommunisten hingeworfene braune SA-Uniform gerächt werden müssen“.

Genosse V. ergriff als erster das Wort und verplüßte unter starkem Beifall das lächerliche Gellammel des Naziböden. Nur einmal — als er den Wädhner Nationalsozialist erp als das zeigte, was er ist, verließ die Nazi-Mehrheit ihn zu unterbrechen. Als er aber sah, daß er damit in dieser Versammlung kein Glück haben würde, verließ er sich wieder auf den Versammlungsleiter. Gen. V. schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung an die sozialdemokratischen Arbeiter, sich einzutreten in die rote Klassenfront und anzutreten mit dem Massenbewußten Proletariat zum Kampf gegen die braune NSDAP.

Auch die SPD hatte zum Verweis der Versammlung aufgefordert und als Redner den früheren Reichstagsabgeordneten Fabian, Koberberg, aufgerufen. Obwohl der Naziböde sich dreierlei Stände die SPD angegriffen hatte, erklärte V. nicht auf die Ausführungen des Redneren eingehen zu wollen. Mit tatsächlichen lächerlichen Reden über die gegen Massen und Geschickliche der Nazis, wozu ein angeblich 1920 in München verstorbenen Professor zitiert wurde. Schließlich verließen die Arbeiter unter dem Gesang der Internationale den Saal.

Bosendorf steht zur roten Fahne

Bosendorf. In einer hier stattfindenden Erwerbslozenversammlung wurde mit den Stimmen sozialdemokratischer Arbeiter folgende Entschliessung angenommen:

„Die heute hier versammelten Erwerbslozen sprechen den Führern der SPD das Vertrauen ab und schließen, mit der SPD zu Arbeit und Brot zu kämpfen, der SPD, NS und MS zu helfen, wo es auch sei.“

Gemeinschaft proletarischer Freidenker Deutschlands, Gruppen Wobau, Plauen, Rauschitz und Costa, Freitag den 19. Dezember im Drei-Kaiserhof Wintermonatsfeier mit Kinobesuchung. Eintritt frei. Anfang 18 Uhr.

Kommiker SPD-Arbeiter, her zu uns!

Kommis. Auch Kommis wollen die Herrschaften vom dritten Reich mit ihrer Kunst beglücken. Zu diesem Zweck war schon am 4. Dezember eine Kolonne zur Propaganda nach dort geschickt worden, die zu einer Gründungsversammlung einladen. Diese Gründungsversammlung sollte nun am vergangenen Sonntagabend stattfinden und ein Kommando Nazis unter Kommando des Obernazis Wädel (Berufsschlichter in Dresden) kam per Auto angezogen. Sicherlich hatten sie sich das Einleiten der Kommiker Einwohner leichter gedacht, als es war. Die Kommiker Einwohnerlichkeit war in Wädel dem Ruf der SPD-Ortsgruppe gefolgt und in der Versammlung erschienen. Ein Redner B. Gornitz (nach seinen Behauptungen ein Redakteur des „Freiheitskampfes“) war erschienen, um sich 1/2 Stunde um Wädel von SPD-Feiern und Klassenkampfplänen zu produzieren. Den Schluß seiner geklafften Ausführungen bildete der auswendig gelernte Spruch, daß 200 durch Sozialdemokrat-

Metallarbeiter, A'arm!

Am 19. Dezember müssen alle Metallbetriebe streiffertig sein!

Ist die Zeit aus zur Mobilisierung aller Betriebsbelegschaften — Wählt Kampfleitungen! — Der Lohnraub muß an eurem geschlossenen Widerstand scheitern!

Am Freitag beginnen vor der schlichterischen Schlichterkammer die Verhandlungen über den Lohnsatz der schlichterischen Metallarbeiter. 15 Prozent Lohnabbau haben die Metallindustriellen gefordert. Wie in Berlin, Stettin, Hannover, Bielefeld und anderen Vorkesseln, wird man auch den schlichterischen Metallarbeitern einen Lohnraub diktieren. Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie steht unter einer Decke mit der faschistischen Brüning-Regierung, deren Lohnraubprogramm sie im Reichstag zugestimmt hat und deren Lohnraubschiedsprüche sie sich ohne Widerstand beugen wird. Der bankrotte kapitalistische Staatsapparat soll auf Kosten der wertvollen Massen „funktioniert“ werden.

Kampflos will die Bürokratie wiederum die Metallarbeiterschaft den kapitalistischen Profithyänen ausliefern!

Das darf nicht gelingen. Das geplante Lohnraubverbrechen muß durch den einheitlichen geschlossenen Kampf aller Metallarbeiter zunichte gemacht werden. Der Streik ist die Waffe der Arbeiter gegen die frechen Vorhölle der Unternehmer. Die Gewerkschaftsbürokraten haben sich bei allen Streiks der letzten Zeit als die besten Streikbruchorganisatoren des Unternehmertums bewiesen. Die Metallarbeiter können darum ihr Schicksal nicht in die Hände der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie legen, wenn sie nicht Selbstmord begehen wollen.

Die einzige Kraft, die den Kampf gegen den Lohnraub führt, die rücksichtslos das Unternehmertum bekämpft, ist die RGO. Unter deren Führung muß die einheitliche Kampffront aller noch im Betrieb stehenden Metallarbeiter und aller Erwerbslosen hergestellt werden. Die RGO sammelt und mobilisiert die Massen für den Kampf gegen den Angriff der Kapitalisten.

Metallarbeiter vor die Front! Trete! zusammen in Belegschaftsversammlungen! Wählt Streikleitungen aus den besten revolutionären Arbeitern, Arbeiterinnen und Jungarbeitern eures Betriebes! Schaffe die Streikfront gegen den Lohnraub! Kämpfe mit der RGO! Am Freitag, dem 19. Dezember, müssen die Metallbetriebe streiffertig sein, um auf breiter Basis unter der Führung der RGO und der RGO zum Angriff gegen die Metallindustriellen, gegen jeden Pfennig Lohnraub, für die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Schritte zu tun.

Eisenbahnerschiedspruch verbindlich erklärt

Dienstdauervorschriften, 16-kündige Arbeitszeit, Lohnraub für Werkstättenarbeiter bleibt bestehen! Neue Masseneinstellungen und Werkstättenschließungen angekündigt — nur Kampf kann helfen!

Die von der Gewerkschaftsbürokratie angesehene Schlichterkammer hat jetzt in bezug auf die Arbeitszeit der Eisenbahner einen aus zwei Teilen bestehenden Schiedspruch gefällt. Der erste Teil legt die bisherigen Arbeitszeitbestimmungen bis zum 15. Januar 1931 wieder in Kraft. Der zweite Teil legt ab 15. Januar 1931 für die Reichsbahnaußendienstleistungen, für die Bahnunterhaltung und ähnliche Dienstleistungen die 16-kündige Arbeitszeit fest. Für die Dienstleistungen in Betriebs- und Bahnhofsdiensleistung wird die Schlichterkammer Mitte Januar eine Entscheidung treffen, nachdem sie vorher einige Dienststellen besichtigt hat.

Was bedeutet dieser Schiedspruch?

Mit Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie wird seit 4 Jahren in den Werkstätten und in der Bahnunterhaltung der Werkstättenarbeiter die verkürzte Arbeitszeit (von 51 auf 48 Stunden pro Woche) festgelegt, ohne einen Lohnausgleich, so bedeutet dies die dauernde Festlegung des Lohnraubes.

Mit diesem Lohnraub hat die reformistische Gewerkschaftsbürokratie sich schon vor den Verhandlungen voll und ganz einverstanden erklärt. Dies geht aus einem Artikel der schlichterischen Gewerkschaften, der „Neulicht“ Nr. 293, hervor, in dem es heißt: „Die Organisationen haben sich bemüht der außerordentlichen schwierigen Gesamtlage Deutschlands Rechnung zu tragen, Schwierigkeiten zu vermeiden und eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich überall dort vorzunehmen, wo sie ohne Schwierigkeit im Eisenbahnbetrieb durchführbar war.“

Was die Schließung und Renovieren morden sich mit ihren schlichterischen Freunden über den Lohnraub im klaren und haben sich selbst darum bemüht, Dormüller die notwendigen Vorkehrungen zu machen. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf Kosten der bis zum Weltkrieg ausgebeuteten Eisenbahner muß deren schärfsten Kampf hervorgerufen. Jamahl, Arbeitszeitverkürzung, aber nur mit vollem Lohnausgleich, ist die Forderung der Eisenbahner. Der Schiedspruch heißt aber nicht nur einen Lohnraub dar, sondern enthält auch eine noch stärker ausgebeutete der Dormüller-Verfahren. Die Verkürzung der Arbeitszeit in den Reichsbahnaußendienstleistungen und der Bahnunterhaltung wird nicht einem Erwerbslosen Arbeit und Brot geben. In kürzester Zeit werden die in diesen Dienststellen beschäftigten Arbeiter daselbst Arbeitslosen zu werden haben wie bisher. Ja, Dormüller wird nicht einmal dazu übersehen, die ausgesprochenen Räumigungen von 15.000 Eisenbahner zurückzunehmen, die am 1. Januar 1931 in Kraft treten. Wenn die Gewerkschaftsbürokratie sich bemüht hat, die Arbeitszeit nur dort zu kürzen, wo keine Schwierigkeiten in der Durchführung bestehen, so spricht sie offen aus, daß sie überall dort, wo die Verkürzung der Arbeitszeit mit der Vermehrung des Personals verbunden ist, also im Betriebs- und Verkehrsdiensleistung, die Arbeitszeit nicht gekürzt wissen will. Damit dokumentiert sie ganz offen, daß sie für das Fortbestehen der Dienstdauervorschriften eintritt, die eine 12- bis 14-kündige Arbeitszeit pro Tag für die Eisenbahner bedeuten.

Wie wir eben erfahren, hat der Reichsarbeitsminister Steinerwald den Reichsbahnerschiedspruch für verbindlich erklärt.

Doch für die Eisenbahner ist die Frage nicht erledigt. Neue Masseneinstellungen stehen bevor. Werkstätten sollen geschlossen werden. Im März wird Dormüller seinen Lohnraub durchzuführen. Dieselbe Haltung, die die Reformisten jetzt annehmen, werden sie auch bei der Lohnfrage einnehmen. Auch werden sie die Möglichkeiten des Lohnabbaus prüfen und bemühen, keine Differenzpunkte mit Dormüller entstehen zu lassen. Für die Eisenbahner aber ist es ein Kampf um ihre Lebensinteressen. Sie müssen das Betrugsmaschine der Gewerkschaftsbürokratie durchschauen und unter Führung der RGO die einheitliche Kampffront aller Eisenbahner für die Durchsetzung des Siedenkundentags, der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, für die Beseitigung der Dienstdauervorschriften, für die übrigen Forderungen der revolutionären Eisenbahner-Opposition organisieren.

Verbreiterung des Jungarbeiterstreiks in Mannheim

Der Streik der Jungarbeiter der Firma Weinmayer hat sich weiter verbreitet. Am Sonntag traten weitere Jungarbeiter und 2 Abteilungen der erwachsenen Arbeiter in den Streik.

Durch Drohung mit Entlassung versucht die Firma die Streikfront der Jungarbeiter zu durchbrechen. Ihre Geschlossen-

heit zum Ausdruck bringend, marschieren die Jungarbeiter nach der Streikerversammlung gemeinsam und unter dem Gesang revolutionärer Lieder nach der Fabrik, um den letzten Wochenlohn abzurufen.

Die Firma zahlt den Jungarbeitern einen Schandlohn von durchschnittlich 7 bis 8 Mark pro Woche. Abzüglich Schulgeld, Fahrlohn usw. verbleiben den Jugendlichen oft nur 2 bis 3 Mark. Die Jungarbeiter stehen fest formiert gegen den Unternehmer. Sie sind entschlossen, nicht früher in den Betrieb zu gehen, bis ihr Lohn erhöht ist.

Hinein in die RGO!

Der Schlichter des Bankangestelltengehaltsraubs soll Lohnraub für die Buchdrucker diktieren

Buchdruckunternehmer fordern 14,5 Prozent Lohnraub / Reformistische Gewerkschaftsbürokratie verlangt 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich / Buchdrucker, macht die Betriebe sofort streiffertig!

Am Montag begannen die Verhandlungen über den neuen Lohnsatz im Buchdruckgewerbe. Von Seiten der Unternehmer wurde die Forderung gestellt, die bisherigen Löhne um 14,5 Prozent zu senken und den Spitzenlohn auf 50 Mark festzusetzen. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie verlangte, den Lohnsatz zu vergrößern, die Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche zu kürzen und den sich hieraus ergebenden Lohnausfall unter Berücksichtigung der Mindereinkommen von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam zu tragen. Nach langem Hin und Her brach man die Verhandlungen ab und legte die Entscheidung in die Hand des Zentral-Schiedsrichters. Vorsitzender dieses Schiedsrichters ist der weisliche Schlichter Dr. Brahn, der den Gehaltsraubschiedspruch für die Bankangestellten fällte. Was der Schiedspruch für die Buchdrucker bringen wird, liegt auf der Hand. In der neuesten Verbandszeitung der Buchdrucker „Korrespondenz“ nimmt die Buchdruckerverbandsbürokratie zu den Verhandlungen Stellung in einer Form, die zeigt, daß sie bereit ist, jedem Lohnraub die Zustimmung zu geben. Kein Wort an die Mitglieder des Verbandes, in den Betrieben zum Abwehrkampf zu rufen, sondern in dem Artikel „Lohn- und Preissteigerungen“ ein elendes Geschwätz über die Entwürfe der Unternehmer. Dabei muß die

reformistische Gesellschaft des Buchdruckerverbandes selbst feststellen, daß die Preise im Buchdruckgewerbe seit 1912 um 160 Punkte gestiegen sind, während die Spitzenlöhne nur eine Steigerung von 70,1 Punkten erfahren haben. Aber was nützen diese Zahlen, wenn man keine Schlussfolgerungen daraus zieht, sondern im Gegenteil selbst noch Vorschläge zum Lohnabbau macht, denn nichts anderes enthält der Antrag der Reformisten auf Herabsetzung der Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden ohne einen Lohnausgleich. Der Schlichter des Bankangestelltengehaltsraubs soll am heutigen Tag den Lohnraub diktieren. Die Buchdrucker dürfen sich keinen Lohnraub diktieren lassen. Es ist ihre Pflicht, sofort in Betriebsversammlungen zu dem Schlichtungsamt Stellung zu nehmen und die notwendigen Abwehrmaßnahmen zu beschließen. Einen erfolgreichen Kampf gegen die Lohnräuber können die Angehörigen des Buchdruckgewerbes nicht führen unter der Leitung der Reformisten, sondern allein unter der Führung der RGO. Darum ist die Bildung selbstgewählter Kampfleitungen eine dringende Notwendigkeit, denn nur diese werden in der Lage sein, alle Buchdrucker in einer einheitlichen, geschlossenen Kampffront zusammenzufassen und erfolgreich den Kampf gegen Lohnraub führen zu können.

Unterstützt den Streik der Taxifahrer!

Meldet euch in folgenden Streiklokalen Zentralstreiklokal:

- Bayrische Krone, Neumarkt Tel. Nr. 17 304
- Weitere Streiklokale:
- Reihiger Hof, Reihigerstraße Tel. Nr. 61 225
- Glashütter Hof, Glashütter Straße 38 596
- Dahms Restaurant, Rietschelstraße 13 106
- Gasthof Blasenw. Schillerplatz 30 073
- Bürgergarten, Lübecker Straße 17 326
- Reif. Schimm, An der Dreifonnisgasse 56 195

RGO Bezirkskomitee Dresden
 Altstadt, Rosenstraße 100
 Telefon: 13 879 / Volkshaus Herd. Wehner,
 Amt Dresden Nr. 35 344

Freitag den 19. Dezember 15 Uhr
 Erwerbslosen-Versammlung
 in Wafte's Etablissement, Bismarck, (Weiner Saal). Referent:
 Genosse Herrmann, Leipzig.

Verantwortlich für Dresden, Chemnitz und Freital: Wille Brandt, Dresden; für Leipzig, Chemnitz, Chemnitz und der übrigen Städte: Carl Scheller, W. B. Berlin; für Jena: Wille Brandt, Dresden; — Text: „Demos“, Dresden; Schriftleitung: W. B. Berlin; Dresden, Bismarckstraße 2. — Verlags-Veranstaltungsbüro m. b. H. Dresden, Bismarckstraße 2.

Die Nazis haben im Reichstag unseren Antrag auf Aufhebung der Vermögenssteuer abgelehnt. Kann man sich helfen, indem man...

Wachstum der Vorhänge des Haushaltes... nach dem 10. Dezember für die Winterbeihilfe zur Verfügung gestellt werden.

Rundfunk

- Leipzig-Dresden: 12. Was ist... 13. Was ist... 14. Was ist... Berlin: 14-15. Opernspiele... 16. Opernspiele... 17. Opernspiele...

Genosse Sandermann: Studentenförderung hat hier anders gesprochen als in den öffentlichen Versammlungen.

Wir legen offen, dass unsere Politik für den Kapitalismus eine Verhinderung der Arbeit ist. Die Politik der SPD...

In Mittweida haben die falsche Beschlüsse einen Kriegsbefehl, als er die Frage stellte, warum sie im Reichstag gegen die Besteuerung der Militärs...

Da mag es dieses Gefühl, zu sagen, ihnen sei ein Menschenleben mehr...

Genosse Siegel gibt den Bericht von der Ausschussung, in der der kommunistische Antrag angenommen wurde.

Die Nazis stimmten gegen die Beschaffung der Mittel dadurch, dass sie gegen die kommunistische Forderung auf Besteuerung der Militärs...

26 Milliarden ins Ausland verschoben wurden. Die Steuererhöhungen sind auf eine halbe Milliarden...

kurzhand gestrichelt und bewiesen, dass das Parlament nicht zu retten ist. Wir rufen deshalb von hier die Massen zum Hungerstreik auf.

Die Kapitalisten wissen bereits, dass die preußischen Prinzen, General Eymann, Epp und Co. nichts mit Sozialismus...

Die SPD hat unter ihre ganze Vergangenheit einen tiefen Strich gemacht. Die Arbeiter werden daraus die entsprechenden Konsequenzen ziehen...

Deutsche Welle Königsbrunn: 12-13. Schallplattenkonzert... 14. Schallplattenkonzert...

Moskau: 8. Schallplattenkonzert... 9. Schallplattenkonzert... 10. Schallplattenkonzert...

Berlin: 14. Schallplattenkonzert... 15. Schallplattenkonzert... 16. Schallplattenkonzert...

Emaille-Waren Volks-Badewannen Kohlenkisten Wärmflaschen Gießkannen usw. E. Hänel & W. Pirna, Schmiedestraße 21

EIN ITALIENISCHER ARBEITERROMAN Genosse KUPFERBART Von G. GERMANETTO

DER INTERNATIONALE ROMAN / BAND 6 Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin

Schneider & Berger Freiberg Glückauf-Liköre

Letzte Gelegenheit! 2-Pf.-Zigaretten 3-Pf.-Zigaretten Carl Bauch Pirna, Reitbahnstraße 2

Wollwaren Trifragen, Wäsche und Strümpfe Alfred Weigold, Freiberg, Untermarkt 20

Carl Eschke Bestes Fabrikate in Herren-Hüten und Mützen Große Auswahl



Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz A.-G.

Das willkommenste Weihnachtsgeschenk für die Hausfrau sind Gemüse- u. Früchte-Konserven

Table with columns: Gemüse- und Pilz-Konserven, Normal-Dosen, 1/4, 1/2, 3/4. Items include Stangenspargel, Brechspargel, Gemüsee-Erbisen, etc.

Sonder-Angebote Junge Schnittbohnen, 1929er Ernte

Table with columns: Junge Schnittbohnen, 1930er Ernte, 1929er Ernte. Items include Feine junge Schnittbohnen, Feinste Stangenschnittbohnen, etc.

Kompott-Früchte in Dosen

Table with columns: Kompott-Früchte in Dosen, Normal-Dosen, 1/2, 3/4. Items include Aprikosen, Birnen, Erdbeeren, etc.

Sonder-Angebote Spanische Aprikosen

Table with columns: Kalifornische Kompott-Früchte, Normal-Dosen, 1/2, 3/4. Items include Ananas in Scheiben, Aprikosen, Pfirsiche, etc.

29

g

u. r. l. o. m. b. H. r. StraÙe 46

etc. bet. etc.

in- use

2

M. G. m. b. H. r. StraÙe 46

ige 21

